

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 4. Mai 2017**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg Bernnat Böhringer Cyperrek (in Vertretung Di Prima, bis 20.00 Uhr) Denzer Escher Glattacker Kiefer Lindemer Oehler Salach Sommer Vogel Vogelpohl Wernthaler Wiesiollek
Entschuldigt:	Di Prima
Ferner:	Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Staub-Abt (ab 19.00 Uhr, bis 19.25 Uhr) Kommis. Fachbereichsleiterin Eyhorn (bis 18.15 Uhr) Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Kleinmagd (bis 19.30 Uhr) Fachbereichsleiter Sproß (ab 17.35 Uhr) Betriebsleiter Droll (bis 20.30 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Meier Herr Fessler Herr Schreiber (bis 19.35 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadtrat Kiefer und Stadtrat Lindemer
Schriftführung:	Frau Heinze (bis 18.00 Uhr) und Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	20.25 Uhr

## **TOP 1**

### **Jahresbericht Fachstelle Wohnungssicherung und Mobile Obdachlosenunterbringung, mündl. Bericht;**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt hierzu Herrn Heinz vom Erich-Reisch-Haus, Frau Ziegler von der Fachstelle Wohnungssicherung sowie Herrn Haab von der Mobilen Obdachlosenbetreuung.

Herr Heinz stellt dem Ausschuss den Jahresbericht 2016 vor (Anlage 1). Er teilt mit, dass sich die Problematik der Wohnungsmarktsituation auch hier niederschlägt und ein sozialer Wohnungsbau geboten sei. Das neue Projekt der Mobilen Obdachlosenbetreuung erweise sich als erfolgreich. Zudem berichtet er von einem neuen Frauenprojekt in Brombach.

Der Vorsitzende zeigt sich froh über die Einrichtungen und dankt für deren Arbeit. Er bestätigt das Problem der Wohnungsknappheit, an dem intensiv gearbeitet werden.

Alle Fraktionen schließen sich dem Lob und Dank an.

Stadtrat Dr. Vogelpohl fragt, ob die personelle Ausstattung zufriedenstellend sei.

Auch Stadtrat Bernnat spricht die Personalsituation an, die bei steigenden Fallzahlen wachsen müsse. Er erkundigt sich, ob die Situation in Lörrach eine schwierige sei und, was konkret zur Wohnraumschaffung getan werden könne. Auch fragt er nach der Zusammenarbeit mit dem Landkreis.

Stadtrat Wernthaler berichtet von der engen Zusammenarbeit mit dem Amtsgericht und gibt das Lob des Verwaltungsleiters für die Betreuung und das Engagement der Fachstelle weiter. Ein Wohnungsverlust gehe vielfach mit weiteren Problemen einher. Er bestätigt, dass die „Nischen“ für eine Unterbringung immer geringer werden.

Herr Heinz teilt mit, dass ein Antrag auf Erhöhung des Deputats der Fachstelle angedacht sei. Die halbe Stelle von Herrn Haab sei ebenfalls nicht ausreichend, um alle Haushalte zu erreichen. Grundsätzlich sei ein leichter Anstieg der Fallzahlen im Landkreis und nicht nur der Stadt Lörrach zu verzeichnen. Hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus sieht er Ansatzpunkte in der Bundes- und Landespolitik sowie den Fördermöglichkeiten. Die Zusammenarbeit mit dem Landkreis sei auf inhaltlicher Ebene gut.

Der Vorsitzende freut sich über das positive Fazit des Projekts der Mobilen Obdachlosenbetreuung. Die Notwendigkeit für die Projektaufstockung werde gesehen, eine entsprechende Vorlage sei in der Haushaltskonsolidierung jedoch zurückgestellt worden. Des Weiteren berichtet er, dass das Frauenprojekt in Brombach seit drei Jahren in der Planung gewesen sei.

Stadtrat Vogel sieht ein hausgemachtes Problem, da es viel leerstehenden Wohnraum gebe. Man müsse die privaten Wohnungseigentümer besser begleiten und die Befürchtungen ausräumen.

Der Vorsitzende erklärt, dass man den Appell mitnehme, der auch auf die Problematik der Flüchtlingsunterbringung bezogen werden könne.

## **TOP 2**

### **Modal Split: Das Verkehrsverhalten der Lörracher Bevölkerung Ergebnisse einer repräsentativen Haushaltsbefragung im Jahr 2016 Vorlage: 051/2017**

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Heller von der Firma Omnitrend, welche die Daten hinsichtlich des Modal Split für Lörrach erhoben hat. Im Weiteren verweist er auf die Beratungsunterlagen.

Herr Heller stellt sodann die wichtigsten Eckdaten hinsichtlich der Erhebung des Modal Split für Lörrach anhand einer Präsentation vor (Anlage 2).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag und die Darstellung der Befragungsergebnisse. Die erhobenen Daten sollen im Rahmen der strategischen Mobilitätsplanung weiter verwertet werden.

Stadtrat Escher führt aus, dass die Daten aus der Erhebung eine, aber nicht die einzige Grundlage für die strategische Mobilitätsplanung seien. Er wolle wissen, ob es auch eine Bewertung der Bedeutung des Autoverkehrs gebe. Die Zielrichtung der Erhebung sei klar die Schaffung einer Fahrradkommune. Eigentlich müssten in Lörrach alle Verkehrsarten gleichberechtigt behandelt werden. Statistiken könnten nie vollständig die Realität abbilden. Er wolle gerne wissen welche weiteren Bezugsgrößen den Berechnungen zu Grunde gelegt worden seien. Er bitte um Zusendung des ausgegebenen Fragebogens an die Mitglieder des Gemeinderats. Auf der Vorlage werde angegeben, dass die Mitglieder des Gemeinderats den Bericht am 3. März 2017 zur Kenntnis erhalten hätten. Dies sei allerdings nicht der Fall gewesen. Die Fraktion der CDU wolle sich nochmals fraktionsintern zu der Thematik beraten. Es könne nicht behauptet werden, dass sich die CDU-Fraktion gegen jegliche Verkehrsmaßnahmen wehrt, denn ansonsten wären die im Rahmen der Erhebung angegebenen Werte wohl kaum erreicht worden.

Stadträtin Cyperrek führt aus, dass die Fraktion der SPD die Vorlage zur Kenntnis nehmen wolle. Das Fazit werde innerhalb der Fraktion unterschiedlich ausfallen. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs sei insgesamt niedrig. Der Anteil des Radverkehrs sei schon recht hoch, biete aber noch Steigerungspotentiale. Hier könne man sich beispielsweise an der Stadt Freiburg orientieren. Für aussagekräftig halte sie die Tatsache, dass 71 Prozent aller Wege lediglich im Binnenverkehr und davon 37 Prozent mit dem Auto zurückgelegt werden. In Freiburg liege dieser Wert bei 21 Prozent. Es werde also gerade auch für kürzere Wege häufig auf das Auto zurückgegriffen. Hierbei gebe es nur selten

Mitfahrgelegenheiten. Dies zeige, dass die Stadt das Radwegenetz weiter ausbauen müsse. Hinsichtlich der Bushaltestellen seien die befragten Personen grundsätzlich zufrieden. Das Informationsdefizit bei der Bevölkerung hinsichtlich der Mobilitätsplanung müsse angegangen werden. Die Stadt müsse für Mitfahrgelegenheiten werben. Dies könne ein Baustein eines neuen Konzeptes sein. Sie wundere sich indes, warum die Thematik beim Fachbereich Umwelt und Klimaschutz angesiedelt sei und nicht beim Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung, welcher sich auch um Verkehrsbelange kümmere.

Stadtrat Wernthaler gibt an, dass er über die nun vorliegenden belastbaren Zahlen froh sei. Es gelte nun die Ziele der Stadt fortzuschreiben und den Masterplan Mobilität weiterzuentwickeln. Man müsse aus den Umfrageergebnissen Trends herausarbeiten und dann messbare Ziele erarbeiten. Insgesamt würde ein Anteil von 46 Prozent der Bevölkerung in Lörrach nicht mit dem Bus fahren. Gerade in den Bereich Fahrrad und ÖPNV gebe es noch große Potentiale. Diese Verkehrsarten müssten umso mehr gefördert werden. Es müsse die richtige Infrastruktur hierfür geschaffen werden. Hiermit müsse man bald anfangen.

Stadtrat Denzer betont, dass man zum momentanen Zeitpunkt keine Entscheidung treffe. Die Zahlen halte er indes für Momentaufnahmen, die allerdings nicht belastbar seien, sondern interpretierbar. Die momentanen Anteile am Verkehrsaufkommen könnten sich jederzeit wieder ändern. Viele Aspekte seien in der Erhebung unberücksichtigt geblieben. Insgesamt müssten alle Verkehrsarten Gleichberechtigung erfahren.

Stadtrat Escher sagt, dass er in dieser Sache auf einen weiteren Vortrag im Gemeinderat verzichten könne. Wenn allerdings Entscheidungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Erhebung getroffen werden sollen, müsse dies klar ersichtlich sein. Die Ergebnisse der Erhebung seien lediglich Durchschnittsergebnisse. Die Bürger von Lörrach seien sehr umweltbewusst. Es sei in den letzten Jahren auch viel für die Umwelt getan worden. Man müsse aber auch beachten, dass Lörrach keine Fahrradstadt sei, sondern höchstens eine fahrradfreundliche Kommune. Man müsse auch die Belange der älteren Bevölkerungsschichten berücksichtigen. Der ÖPNV könne gestärkt werden. Es dürfe nicht nur der Radverkehr gefördert werden.

Stadtrat Bernnat wirft ein, dass es nicht darum gehe, ältere Teile der Bevölkerung zum Radfahren zu zwingen. Man müsse sich jedoch eine Strategie überlegen und die entsprechenden Ziele definieren. Bestimmte Sachverhalte könne man selbst steuern. Beispielsweise könne der Ausbau des ÖPNV gefördert werden. Dies sei gerade hinsichtlich der Anbindung der Ortsteile an die Innenstadt sinnvoll.

Stadtrat Lindemer befindet, dass die Ergebnisse der Erhebung großen Interpretationsspielräumen unterliegen würden. Mit dem Bus sei man weitaus eingeschränkter und weniger flexibel wie mit dem Auto. Wenn die Möglichkeiten das Auto zu nutzen eingeschränkt werden, werde indirekt Zwang ausgeübt.

Stadtrat Böhringer gibt an, dass das Busfahren in Lörrach, gerade auch für ältere Menschen, zu teuer sei. Dies sei auch ein Grund für die geringe Nutzung des ÖPNV. Die Stadt hätte den von der Fraktion der SPD vorgeschlagenen City-Tarif umsetzen müssen.

Stadträtin Cyperrek wolle wissen, ob die Daten der Lörracher Erhebung gut mit den Vergleichsdaten verglichen werden können, da die Vergleichsdaten aus dem Jahr 2008 stammen würden. Zudem frage sie sich, warum Vergleiche gerade zu anderen Mittelstädten in Großstadtnähe gezogen würden.

Herr Heller erklärt, dass er die Ergebnisse der Erhebung durchaus für belastbar halte. Es seien anhand sozialwissenschaftlicher Methoden Verhaltensmessungen durchgeführt und keine Suggestivfragen gestellt worden. Die Fragen seien durchaus vergleichbar, da die gleichen Standards bei der Befragung zu Grunde gelegt worden seien wie bei den anderen Modal Split-Erhebungen, beispielsweise auf Bundesebene. Die Daten aus dem Jahr 2008 halte er durchaus für vergleichbar. Es seien Verhaltensmessungen durchgeführt worden, subjektive Bewertungsfragen habe man nicht gestellt. Zum Interpretieren bleibe wenig Raum. Es gebe keine Forderung nach einer Behinderung des Autoverkehrs. Es könne aber ein Grund für eine stärkere Auslastung des ÖPNV darin liegen, dass man mit dem Auto nur schwer einen Parkplatz findet. Fahrpreise des ÖPNV seien bei Pendlern nur von sekundärer Bedeutung. Wenn diese sich die entsprechende Fahrkarte kaufen würden, käme sie das am Ende immer noch günstiger als mit dem Auto zu fahren. Hierbei müsse jedoch auch eine gewisse Flexibilität gegeben sein. Die Menschen würden solchen Entscheidungen rationale Kriterien zu Grunde legen.

Stadtrat Escher wolle wissen, ob bei der Erhebung nur Bürger aus Lörrach befragte wurden.

Der Vorsitzende bejaht dies. Die Verwaltung werde den Räten den im Rahmen der Erhebung verwendeten Fragekatalog zukommen lassen. Die Verkehrsthematik sei in der Tat beim Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung angesiedelt, der Masterplan Mobilität sei jedoch ursprünglich im Fachbereich Umwelt und Klimaschutz entwickelt worden. Bei einer Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel von sieben Prozent gebe es noch Steigerungspotential. Gerade die Regio-S-Bahn sei zu Stoßzeiten voll ausgelastet.

Herr Heller gibt an, dass gerade Mittelstädte in Großstadtnähe zum Vergleich herangezogen werden, da diese ähnliche Eigenschaften besäßen wie auch die Stadt Lörrach. In der Nähe von Großstädten gebe es von diesen ausgehend immer eine Sogwirkung was die Pendlerströme angehe. Hier lasse sich ein typisiertes Verkehrsverhalten feststellen. In Lörrach sei der Radanteil vergleichsweise hoch, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sei eher gering.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat nimmt vom Bericht: „Das Verkehrsverhalten der Lörracher Bevölkerung“ Kenntnis.
2. Der Bericht dient als Basis für die Erarbeitung des Strategischen Mobilitätskonzeptes, bei dem auch vom Gemeinderat Zielgrößen für die einzelnen Verkehrsarten festgelegt werden sollten. Die Hinweise und Verbesserungsvorschläge werden im Rahmen des zu erstellenden Strategischen Mobilitätskonzeptes weiterbearbeitet.

### **TOP 3**

#### **Sachstandsbericht über aktuelle Maßnahmen im Fachbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement, mündl. Bericht;**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Fachbereichsleiterin Buchauer stellt anhand einer Präsentation die derzeitigen Projekte des Fachbereichs Grundstücks- und Gebäudemanagement in den Bereichen Hochbau und Grundstücksbewirtschaftung vor (Anlage 3).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht und weist darauf hin, dass auch kleinere Projekte sehr ressourcenintensiv seien.

Stadtrat Kiefer bedankt sich für den Bericht. Es gebe viel zu tun und dafür müsse man einiges an Geld aufwenden.

Stadtrat Vogel fragt sich warum man für das Gebäude des Rot-Weiss Lörrach kein Geld gehabt habe, nun aber Mittel in Höhe von 30 Millionen Euro für die verschiedensten Projekte eingeplant habe.

Fachbereichsleiter Kleinmagd erklärt, dass die Mittel, die nun zur Verwendung bereitstehen, allesamt im Haushaltsplan aufgenommen wurden. Der Haushaltsplan sei vom Regierungspräsidium genehmigt worden und könne entsprechend bewirtschaftet werden. Man erstelle derzeit eine Liste mit den anstehenden Projekten der kommenden Jahre und deren Kosten.

Der Vorsitzende hält einen dementsprechenden Überblick über alle anstehenden Projekte und Maßnahmen für wichtig.

### **TOP 4**

#### **Hans-Thoma-Gymnasium: Brandschutzmaßnahmen und zweiter baulicher Rettungsweg mit elektrotechnischer Sanierung Vorlage: 075/2017**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Escher erklärt, dass die Maßnahme notwendig und unvermeidbar sei.

Stadtrat Bernnat gibt an, dass die Maßnahme unvermeidbar sei, es jedoch schade ist, dass aufgrund der Maßnahmen Raum verloren gehe, den die Schule dringend benötige. Es werde zusätzlichen Druck geben, wenn die Rosenfelshalle erneuert wird. Er wolle wissen, ob es schon Überlegungen hinsichtlich möglicher Alternativen gebe.

Stadtrat Denzer bekundet seine Antipathie hinsichtlich der Überreglementierung im Bereich Brandschutz.

Stadtrat Oehler sieht ebenfalls eine Überreglementierung im Bereich Brandschutz. Er wolle wissen, welche Regelungen verschärft worden seien und wer die Stadt in der Sache beraten habe.

Stadtrat Böhringer hält den Brandschutz gerade in einer Schule für sehr wichtig.

Der Vorsitzende führt aus, dass die Stadt hier in den sauren Apfel beißen müsse. Bei dem TonArt-Gebäude habe eine ähnlich gelagerte Problematik vorgelegen. Vorliegend gehe es um die Einrichtung eines zweiten Rettungsweges, welcher gesetzlich vorgeschrieben sei. Hinsichtlich der Sicherheit an Schulgebäuden dürfe sich die Stadt nichts vorwerfen lassen. Die ohnehin schon beengte räumliche Situation sei nach wie vor ein Problem für die Schule.

Fachbereichsleiterin Buchauer betont die Notwendigkeit der Maßnahme. In den städtischen Gebäuden führe man regelmäßig Brandschutzbegehungen durch. In vorliegendem Fall wurde die Notwendigkeit der Maßnahme durch zwei Gutachten bestätigt. Dies sei auch schon seit dem Jahr 2014 der Fall. Auch im Keller des Gebäudes müssten verschiedene Maßnahmen durchgeführt werden. Manche der Räume, welche man durch die Maßnahmen verliere könnten später wieder hergestellt werden. Den Zeitplan für die Maßnahmen habe man indes eng mit der Schule abgestimmt.

Der Vorsitzende betont nochmals, dass die Gutachten die Notwendigkeit der Maßnahmen bestätigt hätten.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

Die Planung der Brandschutzmaßnahmen, des zweiten baulichen Rettungsweges und die elektrotechnische Sanierung am Hans-Thoma-Gymnasium mit Kosten in Höhe von 2.739.000 Euro werden genehmigt.

## **TOP 5**

### **Übernahme der Trägerschaft für die neue Kita in der Alten Schule Haagen**

**Vorlage: 068/2017**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Berg wolle wissen, ob der Umbau der alten Schule in Haagen in einen Kindergarten sowie die Sanierung des evangelischen Kindergartens parallel durchgeführt werde.

Stadtrat Dr. Vogelpohl führt aus, dass sich die konfessionellen Träger in der Sache eher in Zurückhaltung geübt hätten. Er wolle wissen, wie es um die Trägervielfalt in Lörrach bestellt sei.

Herr Schreiber erläutert, dass man in eine Kooperation mit der evangelischen Kirche hinsichtlich der Sanierung des evangelischen Kindergartens eingegangen sei. Räumlich habe man die Grenzen des Möglichen erreicht.

Der Vorsitzende sagt, dass die Stadt mit allen Trägern von Einrichtungen in offenem und intensivem Kontakt stehe. Der Stadt sei die Trägervielfalt sehr wichtig. Hinsichtlich des evangelischen Kindergartens werde es demnächst eine Beschlussvorlage geben.

Der Ausschuss für Umwelt für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Die Stadt Lörrach übernimmt die Trägerschaft für die neue Kita in der Alten Schule Haagen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zeit- und bedarfsgerecht die personelle Ausstattung der Einrichtung vorzunehmen.

## **TOP 6**

### **Anpassung der Parkgebühren und Erneuerung der Parkscheinautomaten**

#### **Vorlage: 066/2017**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Dr. Vogelpohl bedankt sich für die Vorlage. Der Parkdruck in Lörrach nehme zu, deshalb sei es wichtig, dass die Stadt hinsichtlich der vorliegenden Thematik nach und nach vorankomme. Eventuell müsse nachgesteuert werden.

Stadträtin Cyperrek bedankt sich für die Informationen. Sie frage sich, warum die Kontrollen verringert werden sollen. Die Erhöhung der Parkgebühren halte sie für gerechtfertigt. Im Folgenden verliest sie 6 Fragen zu der Thematik der Vorlage (Anlage 4).

Stadtrat Denzer sehe die Autofahrer ein weiteres Mal benachteiligt. Er plädiert dafür, dass die verschiedenen Verkehrsarten in Lörrach gleichbehandelt werden.

Der Vorsitzende betont, dass Parkgebühren auch eine lenkende Wirkung hätten. Er gibt an, dass verschiedene Fragen zur Parkraumbewirtschaftung in Lörrach momentan aufbereitet werden.

Fachbereichsleiter Dullisch gibt an, dass es sich bei der genannten Kontrolle nicht um die Kontrolle von Verkehrsteilnehmern, sondern um die Kontrolle der Technik der Parkscheinautomaten handle. Er sagt, dass die Verwaltung derzeit weitere mögliche Parkstandorte in der Stadt prüfe.

Stellv. Fachbereichsleiter Meier erklärt einzelne Details zu Anwohnerparkausweisen.

Stadtrat Oehler hält die Gebührenerhöhung zwar für richtig, findet aber, dass die Stadt ebenso gut ein neues Parkdeck auf dem Areal Conrad bauen und dadurch noch weitere Parkeinnahmen generieren könnte. Die Ablehnung dieses Vorschlags könne er aus wirtschaftlichen Gründen nicht nachvollziehen.

Stadtrat Escher hält es für gerechtfertigt, wenn Parkgebühren nach 20 Jahren zum ersten Mal erhöht werden.

Der Vorsitzende gibt an, dass zwischen der Parkgebührenerhöhung und dem Neubau eines Parkdecks auf dem Areal Conrad kein Zusammenhang bestehe. Das Parken koste in der Innenstadt derzeit für zwei Stunden nur einen Euro. Dies sei sehr günstig. Es sei anzustreben, dass sich insgesamt der Mitfahreranteil erhöhe. Dadurch könne das Parken für den Einzelnen noch günstiger werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Das Konzept zur Beschaffung neuer Parkscheinautomaten wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Gebühren in **Parkzone 4** werden wie folgt angepasst:

<b>Parkdauer</b>	<b>Gebühr (bisher)</b>	<b>Gebühr (neu)</b>
je 60 Minuten	0,25 €	<b>0,50 €</b>
Tagesparkschein	2,50 €	<b>5,00 €</b>
Wochenparkschein	7,50 €	<b>15,00 €</b>
Monatsparkschein	23,00 €	<b>45,00 €</b>

3. Der Gemeinderat stimmt der entsprechenden Änderung der Parkgebührensatzung (gemäß Anlage 1 der Vorlage) zu.

## TOP 7

### **Bericht zum Thema: Krähen in der Stadt Lörrach**

### **Anfrage von Stadtrat Escher in der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 23.03.2017**

### **Vorlage: 074/2017**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein. Er erklärt, dass die Saatkrähe europaweit unter Artenschutz stehe, lediglich am Oberrhein in großen Populationen vorkomme. Momentan würden die Verwaltung sehr viele Anfragen hinsichtlich der Krähen erreichen. Man habe hier jedoch keine einfache Handhabe. Selbst das Entfernen von Nestern bedürfe der Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt erläutert sodann anhand einer Präsentation (Anlage 5) die Krähenproblematik in Lörrach und gibt an, dass die Verwaltung derzeit kaum Handlungsmöglichkeiten sehe.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Stadt Weil am Rhein ein ähnliches Krähenproblem plage.

Stadtrat Escher bedankt sich für den Bericht. Die Krähen seien für starke Schäden an der Lackierung von Fahrzeugen verantwortlich. Gerade in der Haagener Straße liege ein Problemschwerpunkt. Die Krähe sei europaweit geschützt, er frage sich jedoch, wer die Menschen vor den Krähen schütze. Er bittet die Verwaltung darum, eine Abschussgenehmigung für Krähen zu beantragen. Die Krähen seien in Lörrach zu zahlreich und würden an verschiedenen Orten große Schäden anrichten. Er sehe ein, dass das Beschneiden von Bäumen nicht hinreichend zielführend sei. Deshalb müsse die Stadt mit anderen Kommunen kooperieren und gemeinsam eine Abschussgenehmigung beantragen.

Stadtrat Böhringer fordert, die von Krähen besetzten Bäume radikal zu beschneiden und die Krähen einfach abzuschießen.

Stadträtin Salach gibt an, dass man der Saatkrähe, welche am Oberrhein sehr verbreitet sei, nicht so einfach Herr werden könne. Sie schlage vor Autos mit Saagetüchern zu überspannen, um diese vor herabfallendem Kot zu schützen. Laut Bundesnaturschutzgesetz müsse man auf die Krähen Rücksicht nehmen. Auch sie halte es nicht für zielführend Bäume radikal zu beschneiden. Die Krähen kämen gerade deswegen in die Städte, weil man sie im Außenbereich abschieße. Auch der Einsatz eines Falkners sei eine Möglichkeit, sei aber auch nicht übermäßig effektiv.

Stadtrat Lindemer bekundet dass es sich empfehle Autos nicht direkt unter Bäumen abzustellen.

Stadtrat Escher erklärt, dass dies in der Haagener Straße zu Teilen unvermeidbar sei. Die Krähen würden sich tagsüber sowie am frühen Abend im Grüt aufhalten. Dort könne man die Tiere durchaus abschießen. Anders könne man der Plage nicht mehr Herr werden.

Stadtrat Glattacker vertritt die Auffassung, dass man die Intelligenz der Tiere nutzen und diese nach Weil am Rhein schicken müsse.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt erklärt, dass die Krähen gemäß der Polizeiverordnung der Stadt Lörrach nicht gefüttert werden dürften. Daher stelle man nur noch verschlossene Mülleimer auf.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Tiere nur bei landwirtschaftlichen Einbußen abgeschossen werden dürften. Hier greife der Naturschutz sehr stark, eine Ausnahmegenehmigung werde die Stadt unter den vorliegenden Bedingungen nicht erhalten.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

Vom Bericht zum Thema Krähen in der Stadt wird Kenntnis genommen.

## **TOP 8**

### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

#### **Ortsübliche Bekanntgabe**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die ortsübliche Bekanntgabe ab September 2017 ausschließlich über die Internetseite der Stadt Lörrach erfolgt.

## **TOP 9**

### **Allgemeine Anfragen**

Keine.

**TOP 10**  
**Offenlegungen**

TOP 10.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales am Donnerstag, 9. März 2017

TOP 10.2

Beantwortung der Anfrage von Stadtrat Böhringer in der öffentlichen Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales am Donnerstag, 30. März 2017 - Kieselsteine in Hauingen

**Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: